

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

25.11.1862 (No. 277)



# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 25. November.

N. 277.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

## Die preussische Rückanforderung an die großhessische Regierung.

**Berlin, 22. Nov.** Die an den preussischen Gesandten an dem Darmstädter Hof in der Angelegenheit des Handelsvertrags gerichtete Depesche lautet nach der „National-Ztg.“ wie folgt:

Berlin, den 18. Nov. 1862.  
Hochwohlgebornen hohen mittelst gefälligen Besichts vom 13. d. M. die Ihnen zugekommene Note des Herrn v. Dalwigk vom 12. v. M. eingekommen, in welcher die großhessische Regierung erklärt, daß sie den Handelsvertrag mit Frankreich vom 2. Aug. d. J. nach dem Vorgang Bayerns und Württembergs ebenfalls ablehnen zu müssen glaube.

Nachdem sich der Handels- und Gewerbestand des Großherzogthums Hessen mit einer in Fragen dieser Art seltenen Einmüthigkeit dafür ausgesprochen habe, daß die Beträge vom 2. Aug. d. J. in ihrer Gesamtheit keinen Interessen zusagen, haben wir es nur als folgerichtig anzuerkennen, daß der großhessische Hr. Minister seine Bedenken gegen die Zustimmung zu diesen Beträgen nicht sowohl aus den Sonderinteressen des Landes, als vielmehr aus dem Gesamtinteresse des Zollvereins herleite. So sehr wir die hiermit ausgesprochene Hintanhaltung des eigenen gegen das allgemeine Interesse erkennen, so vermögen wir doch zu unserm Bedauern die dortige Auffassung von dem allgemeinen Interesse nicht anzugeneigen.

Der Hr. Hr. v. Dalwigk hatte in seiner, unterm 14. Juni d. J. an Ew. Hochwohlgebornen gerichteten Note, auf welche er Bezug nimmt, gegen einen Vertrag mit Frankreich, wie solcher nach unserer Mittheilung vom April d. J. in Aussicht zu nehmen war, zwei aus dem Gesamtinteresse des Zollvereins hergeleitete Bedenken erhoben, ein grundsätzliches und ein thatsächliches. Das grundsätzliche Bedenken beruhte auf der Erwägung, daß der Zollverein, wenn er auch in den Vorhängen in England, Frankreich und Belgien einen wohlbegründeten Anlaß zu finden habe, eine Revision seines Zolltarifs im Sinne der Erleichterung des internationalen Verkehrs vorzunehmen, doch durch kein drängendes Motiv veranlaßt sei, fast alle Theile seines Tarifs, abgesehen von den Colonialwaaren, von Frankreich abhängig zu machen, und sich dadurch der Möglichkeit zu begeben, Erhöhungen einzutreten zu lassen, die selbst bei Festhaltung des Prinzips ganz mäßiger Schutzzölle zulässig oder zweckmäßig sein, oder die zur Erreichung von Vortheilen im Verkehr mit Oesterreich dienen könnten. Das thatsächliche Bedenken beruhte auf der Unterstellung, daß die Gleichstellung der Erzeugnisse des Zollvereins mit denjenigen Großbritanniens und Belgiens in Frankreich auch auf andern Weg als durch eine vertragmäßige Feststellung der beiderseitigen Tarifs, nämlich dadurch zu erreichen sei, daß der Zollverein die von ihm als zweckmäßig anerkannte Tarifrevision selbstständig vornehme, dabei die Beibehaltung der bisherigen höheren Zölle solchen Staaten gegenüber, welche die Erzeugnisse des Zollvereins ungünstiger behandeln, als diejenigen anderer Nationen, referirte und dann die Verhandlungen mit Frankreich auf der Grundlage der gegenseitigen Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen unter Vorbehalt der besondern Verhältnisse zu Oesterreich und andern deutschen Staaten fortsetze.

Hätte der Hr. Hr. v. Dalwigk auf Grund dieser Bedenken der Fortsetzung der Verhandlungen mit Frankreich widersprochen, so würden wir zwar einen solchen Widerspruch mit der Zustimmung Hessens zu der Eröffnung von Verhandlungen schwer haben verzeihen können, welche, wie der Vorgang des britisch-französischen Vertrags außer Zweifel stelle, notwendig auf vertragmäßige Feststellung eines großen Theils des Tarifs gerichtet sein müßten; wir würden es insofern für unsere Pflicht gehalten haben, sofort in eine nähere Erörterung dieser Bedenken einzutreten. Da dieselben indessen ausdrücklich nur unserer Erwägung anheimgestellt waren, da sie weder von uns, noch von den andern Vereinsregierungen getheilt wurden, und da der Hr. Hr. v. Dalwigk ihrer Darlegung eine eingehende Besprechung der einzelnen, die hessischen Interessen berührenden Zollsätze folgen ließ, so konnten wir keinen Anstand nehmen, die Verhandlungen fortzusetzen, in der Voraussetzung, daß die großhessische Regierung bei einem den Interessen ihres Landes entsprechenden Ergebnisse an ihren, auf allgemeinen Erwägungen beruhenden Bedenken nicht festhalten werde.

Wenn ich gegenwärtig auf dieselben zurückweist, so brauche ich nur auf unsere Mittheilung vom September v. J. Bezug zu nehmen, um darzutun, daß wir das von ihr erhobene thatsächliche Bedenken in die ernsteste Erwägung gezogen haben. Allerdings nicht in dem Sinne, daß wir den von ihr empfohlenen Weg für den an sich richtigen gehalten hätten, denn wir waren damals, eben so wie jetzt, der Ueberzeugung, daß ein Differenzial-Zollsystem, zu welchem dieser Weg notwendig führte, überhaupt nicht, am wenigsten aber für einen Staatenverein tauglich, und daß die Annahme dieses Systems, wenn sie wider alles Erwarten die allseitige Zustimmung finden sollte, zu den verhofften Resultaten keineswegs führen würde. Wohl aber haben wir in der Hinweisung auf diesen Weg und im Eintreten derselben in den ersten Schritten auf denselben ein Mittel, um Anforderungen abzulehnen, welche wir für unannehmbar nicht erachten konnten. Wir haben diese Anforderungen abgelehnt und wir haben und in unserer Mittheilung vom April d. J. ausdrücklich über die Gründe ausgesprochen, aus welchen wir, namentlich im Interesse der vereinsländischen Industrie, einer mit der sofortigen Eröffnung neuer und mit der Erweiterung vorhandener Märkte verbundenen Tarifreform den Vorzug vor einer zunächst ohne jedes unmittelbare Äquivalent vorzunehmenden Reform gegeben haben.

Das grundsätzliche Bedenken des Hrn. Hr. v. Dalwigk würden wir als begründet anzuerkennen haben, wenn wir die Ansicht theilten, daß der Zollverein, nachdem er seinen Tarif im Sinne der Erleichterung des Verkehrs reformirt hat, sofort wieder Zollerhöhungen für gewisse Erzeugnisse, sei es im gewerblichen, sei es im handelspolitischen Interesse, in Aussicht zu nehmen habe. Diese Ansicht theilten

wir nicht. Eine Reform des Vereins-Zolltarifs vermögen wir uns nur zu denken als das Ergebnis der, allen Vereinsregierungen gemeinsamen Ueberzeugungen von der, im Interesse des Vereins begründeten Nothwendigkeit einer Erleichterung des internationalen Verkehrs, und mit dieser Ueberzeugung ist eine handelspolitische Richtung bezeichnet, welche die Rückkehr zu Verkehrsverwehungen grundsätzlich ausschließt. Allerdings ist damit die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß eine einzelne Zollerhöhung mit Rücksicht auf ein einzelnes Interesse sich als wünschenswerth darstellt und mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit ihrer Tragweite für den Gesamtverkehr als zulässig bezeichnet werden könnte. Der Nachtheil indessen, welcher in dem Verzicht auf die Verhütung dieser Möglichkeit gefunden werden kann, wird weit überwogen durch den Vortheil, welchen die nur auf dem Wege der vertragmäßigen Feststellung des Tarifs erreichbare Sicherstellung des vereinsländischen Ausfuhrhandels gegen Erhöhungen der Einfuhrzölle in den Nachbarländern gewährt.

Wenn endlich der Hr. Hr. v. Dalwigk den Inhalt des Art. 31 des Handelsvertrags als einen wesentlichen Anlaß gegen die Annahme des letztern bezeichnet und das Einverständnis der großhessischen Regierung mit den Ausführungen anspricht, welche die königl. bayerische Regierung rücksichtlich dieses Artikels in ihren Erklärungen niedergelegt hat, so kann ich meinerseits nur auf unsern Antwort an die königl. bayerische Regierung, namentlich auf die diesseitige Depesche an den königl. Gesandten in München vom 26. Aug. d. J. Bezug nehmen. Ich verzichte darauf, die Diskussion darüber an dieser Stelle wieder aufzunehmen, indem ich diesen Punkt sachlich für erledigt halte. Der Hr. Hr. v. Dalwigk bezeichnet am Schluss seiner Depesche als den geeigneten Weg zur Lösung der obwaltenden Schwierigkeiten die Einstellung gleichzeitiger Verhandlungen über die verschiedenen schwebenden Fragen. Und weshalb wir diesen Weg als den geeigneten nicht anerkennen können, haben wir in wiederholten Mittheilungen an unsere Zollverbündeten dargelegt, und der ganze seitherige Verlauf der Angelegenheit hat uns in der Ueberzeugung von der Erfolglosigkeit jenes Weges bekräftigt. Es bleibt mir auch hier nur übrig, offen auszusprechen, daß wir in der Ablehnung der Beträge vom 2. Aug. d. J. den Ausdruck des Willens der großhessischen Regierung erkennen, den Zollverein mit uns über die gegenwärtig laufende Vertragsperiode nicht fortzusetzen.

Hr. Hochwohlgebornen erlaube ich ergebenst, hiernach eine Note an den Herrn v. Dalwigk zu richten und mit demnachst Abschrift derselben einzureichen. (Ged.) **Wismar, 22. Nov.**

## Deutschland.

**Frankfurt, 21. Nov.** (Röln. Ztg.) Der Bericht über den am 14. August gestellten Antrag auf eine Delegirtenversammlung ist von dessen Verfasser, Hrn. v. d. Pfordten, nunmehr vollendet und gestern im Ausschuss vorgelegt worden. Wie es scheint, will man nun die Berichterstattung in der Versammlung, möglichst beschleunigen, was von überflüssigen Korrespondenzen freilich schon vor Monaten angefangen wurde.

**München, 22. Nov.** Bekanntlich hat Preußen erklärt, daß die bevorstehende Generalzollkonferenz sich streng an die durch den §. 34 des Zollvereins-Vertrags von 1833 bezeichneten Gegenstände zu halten haben werde. Die „Bayrische Ztg.“ zitiert nun jenen Paragraphe. Es gehören darnach vor diese Versammlung (nach Art. 4) auch: Die Verhandlungen über Veränderungen des Zollgesetzes, des Zolltarifs, der Zollordnung und der Verwaltungsorganisation, welche von einem der kontrahirenden Staaten in Antrag gebracht werden; überhaupt über die zweckmäßige Entschärfung und Ausbildung des gemeinsamen Zoll- und Handelssystems.

Das ministerielle Blatt überläßt es dem Urtheil des Lesers, zu entscheiden, ob dieser Paragraphe die Diskussion der brennendsten handelspolitischen Tagesfragen ausschließen oder nicht.

**Worms, 21. Nov.** (Fr. Z.) Der hiesige Gemeinderath hat in seiner gestrigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

In Erwägung, daß, gelegentlich der §. 3 von der großhessischen Regierung bei dem hiesigen Handels- und Fabrikantenland vorgenommenen Untersuchung, die Frage, ob der Beitritt zum deutsch-französischen Handelsvertrag als wünschenswerth und vortheilhaft erkannt werden würde, allgemein bejaht wurde; in fernerer Erwägung, daß der Gemeinderath diese Ansicht theilend, mit großem Bedauern und Bedauern vernommen, daß die hiesige Handelskammer auf dem Handelsstag zu München, der Erklärung des gemeinsamen Handelslandes entgegen, sich gegen den Wirtschaftsbeitrag, also sich gegen den unbedingten Anschluß an den von Preußen für sich und den Zollverein mit Frankreich abgeschlossenen Vertrag ausgesprochen, beschließt der Gemeinderath: Bei großh. Staatsregierung die Erklärung abzugeben: a) daß die durch die Vertreter der Handelskammer zu München gegebene Abkündigung nicht als der Ausdruck des hiesigen Handelslandes betrachtet werden kann; b) daß der Gemeinderath sich für den in München in der Mehrheit geäußerten Wirtschaftsbeitrag ausspricht (folgt der Wortlaut des bekannten Antrags); c) von vorliegendem Beschluß in dem Abgeordneten hiesiger Stadt, Hrn. Dr. Hügel, Kenntnis zu geben.

**Bingen, 21. Nov.** Die hiesigen Industriellen veröffentlichen folgende Erklärung in Betreff des Handelsvertrags:

Angeichts der neuesten Wendung, welche die den preussisch-französischen Handelsvertrag betreffende hochwichtige Angelegenheit im Großherzogthum Hessen genommen hat, halten sich die unterzeichneten Industriellen, Kauf- und Handelsleute und Weinbaubesitzer der Stadt und des Kreises Bingen zu folgender Erklärung veranlaßt: 1) Eine Trennung von Preußen in handelspolitischer Beziehung, herbeigeführt durch Abschaffung des preussisch-französischen Handelsvertrags seitens der Regierung des Großherzogthums, wäre für unser ganzes Land, insbesondere für Rheinhessen und Bingen speziell, von den verberlichstesten Folgen. Schon jetzt ist Preußen für Bingen und dessen hiesigen Umgebung bedeutendes Bodenerzeugniß — den Wein — das wichtigste Ab Absatzgebiet; noch mehr wird es dies aber, wenn durch Annahme des preussisch-französischen Handelsvertrags die seit herge, dem Handel mit diesem Produkt so lästige Ausgleichungssteuer weggefallen sein wird. Der Verlust eines solchen Absatzgebietes würde den Grundbesitz entwerthen, die Steuerkraft vermindern, und die so zahlreiche, mit dem Weinbau sich beschäftigende Arbeiterbevölkerung entweder zum Theil der Noth preisgeben oder zur Auswanderung treiben. 2) Durch Wiedereinführung der Zollschranken zwischen dem Großherzogthum Hessen und Preußen müßte der so lebhafteste Grenzverkehr die empfindlichsten Störungen erleiden, die Verkung der Weinbindungen und anderer Geschäfte auf das jenfeitige preussische Naheufer ungemein gefördert, und dadurch der materielle Ruin einer blühenden Gegend herbeigeführt werden, während der stilles Verfall in Folge des abkommlicher wieder eintretenden Schmuggelhandels nicht ausbleiben kann, Zustände, wie sie noch Biele von uns aus den Zeiten vor dem Zustandekommen des Zollvereins in trauriger Erinnerung sind. 3) Wenn man schon der Austritt aus dem Verband mit Preußen allein für Weinbauer und Industrie unseres Landes unabsehbare Nachteile herbeiführt, so werden diese Nachteile durch die Einbuße der Märkte seiner Verbündeten noch vielfach gesteigert. 4) Nach der Künigebungen sämtlicher Handelskammern, sowie der bedeutendsten Industriellen des Großherzogthums liegt es im Interesse der überwiegenden Mehrzahl seiner Staatsangehörigen, daß der preussisch-französischer Handelsvertrag ohne irgend eine zur Ausführung gebracht wird, indem schon das Ungewisse einer Zwischenperiode bis etwa zum Ablauf der Zollvereins-Verträge alle Unternehmungen lähmen würde; und auch wir vermögen in der Annahme des Vertrags keinen Schaden für uns zu erblicken, sondern vielmehr einen zeitgemäßen Fortschritt zur Handelsfreiheit und zum naturgemäßen freien Verkehr, weshalb wir den Beschlüssen des zweiten deutschen Handelsstags zu München: „das schleunige Zustandekommen jenes Handelsvertrags darf nicht in Frage gestellt werden“, in der vollen Ueberzeugung bestimmen, daß die Aufhebung des Zollvereins jetzt als ein eben so großes Unglück zu betrachten wäre, wie es sich als ein Glück für unser Land erwies, daß unsere erleuchtete Regierung diejenige war, welche mit Preußen den Grundstein zum Zollverein legte, und wir es außerdem als ein nationales Unglück betrachten müßten, wenn derselbe gestoppt würde. **Bingen und Biedersheim, 18. Nov. 1862.** Hr. Schmitt, St. George, H. Vogt, Jos. Meyer, Jos. Ph. Meyer, G. J. Kullmann, A. Rheinländer, Karl Stöff.

**Kassel, 20. Nov.** (Fr. Z.) Man gibt sich hier immer noch der Erwartung hin, das Ministerium würde wieder eintreten und dann das Budget der wieder in aller Kürze einzuberufenden Ständeversammlung vorgelegt werden. Die Minister haben die bestimmte Erklärung abgegeben, auch die dringenden laufenden Geschäfte nur noch einige Tage versehen zu wollen. Ein neues Ministerium zu finden, wird fast unmöglich, da doch einige Schemen herrschen, scharf gefärbte Männer der „Hessenzeitung“ herbeizurufen, die farblosen und zu allem Dienste willigen Personen aber vergriffen sind. Diplomatischer Einfluß bietet Alles auf, den Kurfürsten zur Nachgiebigkeit zu bewegen.

**Kassel, 21. Nov.** (Fr. Z.) Gestern Abend waren die Stände noch zu geselliger Unterhaltung versammelt, doch gestaltete sich diese Versammlung immer mehr und mehr zu einem politischen Bankett, als sich an das durch den Abg. Haberland auf den Präsidenten Nebelhaft ausgebrachte Hoch eine Reihe von Toasten angeschlossen, in denen der kurhessischen und gesamtdeutschen Angelegenheiten mit Wärme und Begeisterung gedacht wurde. Die Ständeversammlung hatte es aus denselben Rücksichten, die ihr seitheriges Verhalten charakterisiren, vermeiden müssen, sich offiziell mit der deutschen Frage zu beschäftigen. Um so freudiger stimmten die Mitglieder der Kammer gestern Abend in den Toast ein, den Abg. Garnier auf Deutschlands Einheit und Freiheit ausbrachte. Der Verfassungsausschuss hatte den Vetterlichen Budgetantrag der Versammlung in seinem Berichte zur Annahme empfohlen. In den Motiven entwickelt der Ausschuss die Nothwendigkeit der Budgetvorlage zunächst aus dem aller Welt bekannten, völlig klaren Bestimmungen der hessischen Verfassungsurkunde (und diese gehören glücklicher Weise nicht zu den suspendirten, sondern haben nicht bloß an und für sich, sondern auch kraft der kurfürstl. Verkündigung vom 21. Juni d. J. volle Gültigkeit) und dann auch aus dem Wortlaute des §. 3 der eben erwähnten landesherrlichen Verkündigung, der die Forterhebung nur als einstweiligen Nothbehelf anordnet, um die Staatskasse vor Verlusten zu sichern, und damit anerkennt, daß die Vorlage des Budgets, sobald die legalen Stände einberufen sind, erfolgen muß.

Seit dem 30. Oktober, heißt es in dem Berichte wörtlich, war die hohe Staatsregierung im Stande, das Budget der Ständeversammlung vorzulegen; von dem Tage an laßte die volle Verantwortlichkeit



Zeit wegen Erhebung verfassungsmäßig nicht verwilligter Steuern und Abgaben auf den Schultern der betreffenden Ministerialvorstände.

Mitglieder des Verfassungsausschusses, die diesen Bericht erstattet haben, sind die Hrn. v. Schenk, Zischlag, Henkel, Ziegler, Hartwig, Herrlein, Sunkel, Knobell, Bischoffshausen, Wiegand und Harnier. Zu weiterer Ergänzung dieses Berichts haben nun aber gestern Abend noch auch alle übrigen Abgeordneten folgende Erklärung unterzeichnet:

Die unterzeichneten Mitglieder der heute verhandelten Ständerversammlung erklären hiermit, daß sie, falls die Verfassung nicht eingetretener wäre, für sofortige Verabreichung und für Genehmigung des in dem Bericht des Verfassungsausschusses vom 19. d. M. gestellten, die schleunige Vorlage des Budgets bezweckenden Antrags gestimmt haben würden, und daß sie mit der in dem gedachten Bericht enthaltenen Begründung dieses Antrags vollkommen einverstanden sind. Kassel, am 20. Nov. 1862. (Folgen die Unterschriften.)

**Hannover, 22. Nov. (Fr. 3.)** Unsere Großdeutschen haben sich am Mittwoch zwar als Verein konstituiert, aber nur als partikularistisch hannoverscher Verein, dessen Mitglieder nicht ohne Weiteres Teilnehmer des Frankfurter großdeutschen Vereins sind. Im Wesentlichen dürfte der neue „Reformverein“ sich später zu einem hannoverschen Wahlverein von reaktionärer Färbung zuspitzen. Unter den Leitern der Mittwochversammlung befanden sich der legitimistische Graf v. d. Decken-Ringelheim und der ultramontane Historiker Duno Klopp. — Man hat am Hof beschlossen, der Celler Kirchenversammlung am 2. Dez. d. J. durch ein scheinbares Nachgeben die Spitze abzubrechen. Vom Konfistorium sind die Geistlichen von der Teilnahme an jener Versammlung mit dem Bedenken abgemahnt, daß das oberste Kirchenregiment die Regelung der Sache selber in die Hand nehmen werde. Feste Zusagen wegen Berufung einer Synode sind nicht gemacht worden. (Die „Z. f. N.“ hatte gemeldet, daß die Zusage definitiv gemacht wurde.)

Gestern ist dem Drucker der „Zeitung für Norddeutschland“ Hr. W. Kiemichneider, eine „zweite Verwarnung“ von Seiten der Polizeidirektion zugegangen, und zwar wegen eines in Nr. 4220 enthaltenen Angriffs gegen den preussischen Justizminister. Es sind gegenwärtig sämtliche Drucker der hier täglich erscheinenden Blätter bereits zum zweiten Mal „verwarnet“, mit Ausnahme der „Neuen Saun. Ztg.“, welche noch gar nicht, und des „Tagblattes“, welches nur einmal verwarnet worden ist.

**Berlin, 21. Nov.** Die Ergebnissadresse des märkischen Landtags ist von einer aus 19 Mitgliedern bestehenden Deputation, den Landtags-Marschall, Staatsminister a. D. Grafen v. Arnim-Boitzenburg an der Spitze, dem König heute überreicht worden. Se. Majestät erwiderte darauf, wie die „Stern-Ztg.“ berichtet, Folgendes:

Empfangen Sie meinen aufrichtigen Dank für den erneuten Ausdruck Ihrer Treue und Hingebung, welche auszusprechen Sie sowohl in den dargelegten Gründen, als auch in der ganzen geschichtlichen Entwicklung dieser Provinz reiche Veranlassung und volle Berechtigung finden konnten. Wiewohl ich mich von der allbewährten Gesinnung der Stände solcher Gesinnung unter allen Umständen versichert halte, so haben Sie doch mit Recht geglaubt, daß es meinem Herzen wohl thun würde, den Ausdruck derselben unter den gegenwärtigen Verhältnissen aufs neue auch von Ihnen zu vernahmen. Die jetzige Zeit ist für mich eine betrübende, weil ich erfahren mußte, daß meine besten und redlichsten Absichten zum Wohle und zur Wehrhaftigkeit meines Landes und Volkes so vielfach verkannt und mißdeutet werden. Ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß der alte Friede und das alte Vertrauen wieder bei uns einkehren werden. Dazu ist nöthig, daß meine landesväterlichen Absichten überall richtig aufgefaßt werden. Ich bin gewiß, daß hierzu auch Sie, die Sie alle Stände vertreten und die Sie mit Ihrer Treue in so warmer Weise ausgesprochen haben, nach Kräften beitragen und mir dadurch beweisen werden, daß Sie mich auf dem Wege des Fortschritts, wie ich ihn verstehe, unterstützen wollen. Indem ich Ihnen nochmals aufrichtig bänke, schreibe ich mit dem Wunsche, daß Gott diese Provinz und mein ganzes Land und Volk segnen möge!

Auch der in Stettin versammelte Pommer'sche Provinziallandtag hat eine Ergebnissadresse an den König beschloffen. Derselbe ist positiver ausgefallen, als die des märkischen; sie dankt dem König dafür, daß mit der ständischen Gesetzgebung und überhaupt mit der Vergangenheit nicht gebrochen werden soll; auch wird die Armeedienstzeit, die „unpreussischen Bestrebungen“ ein Ziel gesetzt werden müsse. Die bürgerlichen Vertreter protestirten lebhaft, indem sie die Kompetenz des Landtags zu dergleichen Adressen bestritten. 11 Mitglieder stimmten in der Minorität; zwei von ihnen gaben ein Separatvotum zu Protokoll, worin sie sagen, sie hätten der Adresse, soweit sie die Ergebnissadresse betrifft, aus vollem Herzen zugestimmt, und deshalb dieselbe unterschrieben; aber dem Theil der Adresse ihre Zustimmung versagt, welche sich auf die Armeedienstzeit bezieht, denn dazu habe der Provinziallandtag keine Befugnisse. Sieben andere Mitglieder unterzeichneten gar nicht, weil sie ebenfalls in einzelnen Punkten eine Uebertretung der provinzialständischen Befugnisse erblickten.

Der „Kreuzzeitung“ zufolge haben Oesterreich und Preußen bereits in einem vorläufigen Berichte, welchen sie in Bezug auf ihre letzten Schritte zur Erzielung einer glücklichen Erledigung des dänisch-deutschen Streites den anderen deutschen Kabinetten mitgetheilt haben, die Eröffnung gemacht, daß sie das Mandat, welches ihnen der Bund übertragen, in Folge der Zurückweisung ihrer Vorschläge von Seiten des Kopenhagener Kabinetts als beendet betrachten, und daß der Bund nun weitere Entschlüsse zu fassen haben werde. In dieser Richtung sind jetzt, wie man versichert, vorbereitende Unterhandlungen eingeleitet. Es würde in kurzem eine Vorlage bezüglich dieser Angelegenheit in der Bundesversammlung erwartet werden können, da Oesterreich und Preußen einen gemeinsamen Antrag zu stellen beabsichtigen.

Die Zeitungen veröffentlichen folgendes bemerkenswerthe militärische Aktenstück:

**Korps-Befehl. Soldaten der 11. Infanteriebrigade!** In einem der Bataillone der Brigade, welchem ich wie jedem andern vertraue, sind bei den letzten Uebungen vorgekommen. Sieben Soldaten und drei Lazarethgehilfen haben ihre Pflichten als Soldaten des Königs verletzt und haben, verführt, sich bei Abgabe ihrer Stimmen von ihren Vorgesetzten und Kameraden getrennt. Einen Gefreiten, der sich unter ihnen befand, habe ich in die Zahl der Gemeinen zurücktreten lassen, weil auf ihn kein Verlaß ist; die Uebrigen habe ich zu andern Bataillonen der Brigade versetzt. — Berlin, den 14. Mai 1862. Der kommandirende General, Gs. Friedrich Karl, Prinz von Preußen.

**Berlin, 22. Nov.** Der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstags hat eine Denkschrift über die von dem Handelstag zu München gefassten Beschlüsse den deutschen Regierungen überreicht, deren Schlusswort also lautet:

Deutschland blickt mit Spannung auf die hohen Vereinsregierungen, in deren Hand die schließliche Entscheidung der vordringendsten großen Fragen liegt. Die Vermeidung derselben ist der Handelsvertrag mit Frankreich; jede Verzögerung seiner Ausführung setzt durch die Ungewißheit, welche den Unternehmungsgeist lähmt, und durch den Vorsprung, welchen England und Belgien auf dem französischen Markte gewinnen, den deutschen Handel und die deutsche Industrie dem größten Nachtheil aus. Preußen kann von diesem Vertrage nicht zurücktreten Angesichts der Verbindlichkeiten, welche die preussische Regierung, ihrer Stellung und der Sachlage gemäß handelnd, auf sich genommen hat, — es kann sein Best nicht aufgeben, nachdem beide Häuser der preussischen Landesvertretung dem Vertrag ihre verfassungsmäßige Zustimmung erteilt, nachdem ferner andere Vereinsregierungen unter Genehmigung der Kammer sich für denselben ausgesprochen haben, nachdem endlich auch der zweite Handelstag mit einer Mehrheit, welche die von den Vertretern des Zollvereinsländischen Handelslandes abgegebenen Stimmen allein gebildet werden, nahezu zwei Drittel betrug, das schleunige Zustandekommen des Handelsvertrags als eine Nothwendigkeit erklärt hat. Wenn jedoch die preussische Regierung eine definitive Ablehnung des Vertrags, wie sie dies auch in der Depesche des Grafen v. Bernstorff vom 26. August d. J. ausgespricht, als den Ausdruck des Willens auffassen muß, den Zollverein mit ihr nicht fortzusetzen, so ist hierdurch gewiß nicht ausgeschlossen, daß Preußen die lokale Rücksicht gegen seine Verbündeten durch nachträgliche Verhandlungen mit Frankreich beizubringen wird, welche die Wünsche der dithier dissentirenden Regierungen, so weit es zulässig ist, befürworten. Wäge von keiner Seite die Sachlage verkannt werden: die Durchführung des Handelsvertrags ist die Voraussetzung der Erhaltung des Zollvereins, die Erhaltung des Zollvereins aber nicht nur eine volkswirtschaftliche, sondern auch eine politische Nothwendigkeit im eminenten Sinne des Wortes. Eine große Nation kann ihre Bestimmung nur dadurch erfüllen, daß in entscheidenden Augenblicken die einzelnen Glieder ihr Sonderinteresse der Wohlfahrt des Ganzen unterordnet, und wenn klare Erkenntnis der öffentlichen Meinung, sowie der unabwendbaren Bedürfnisse des Volkslebens zu heilsamen Regierungsentschlüssen führt, so lassen die Anhaltspunkte, welche die Ergebnisse des zweiten deutschen Handelstags für die Entscheidung der hohen Regierungen darbieten, mit Zuversicht erwarten, daß Deutschland vor dem Nationalunglück einer Zerlegung des Zollvereins bewahrt werden wird.

**Berlin, 23. Nov.** In allen Ministerien wird fortwährend mit Eifer an der Aufstellung der für den nächsten Landtag bestimmten neuen Vorlagen gearbeitet. Wie es heißt, sollen außer diesen auch die in den beiden letzten Sessionen nicht zur Erledigung gekommenen Vorlagen wieder eingebracht werden. — Darunter befinden sich namentlich die Entwürfe des Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes und des Pässegesetzes. Ueber beide hat bekanntlich das Herrenhaus unter einigen Modifikationen schon ein zustimmendes Votum abgegeben. Der erstere Gesetzentwurf ist im Abgeordnetenhaus noch gar nicht zur Beratung gelangt. In Betreff des Pässegesetzes wurde in der letzten Session durch Meinungsverschiedenheiten beider Häuser die Einigung gehindert. Zu dem wiederholt einkommenden Vorlagen gehört auch der Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1862, dessen Revision von Seiten der einzelnen Ministerien schon vor einigen Wochen beendet worden ist. Das revidirte Budget des laufenden Jahres kommt nunmehr an das Staatsministerium, um seine definitive Feststellung zu erhalten. Ob bei der Einbringung desselben in der bevorstehenden Landtags-Session die Regierung förmlich auf die Indemnitätsbewilligung antragen werde, ist noch keineswegs ausgemacht. Die Blätter, welche schon jetzt mit großer Bestimmtheit einen solchen Antrag in Aussicht stellen, bauen auf Muthmaßungen, da eine Beschlußnahme in dieser Frage noch nicht erfolgt ist. Ebenso verhält es sich mit den Zeitungsangaben über die Grundprinzipien des neuen Wehrpflichtigkeits-Gesetzes. Insbesondere soll noch keineswegs abgesehen sein, ob die behauptete Verkürzung der dreijährigen Dienstzeit wirklich von der Regierung werde in Voranschlag gebracht werden. Eine Entscheidung ist auch hierüber noch nicht getroffen. Wohl aber finden noch andauernd eingängliche Erwägungen der Frage statt, ob vom politischen und vom technisch-militärischen Standpunkt aus es zulässig sei: die finanziellen und volkswirtschaftlichen Vortheile einer Abkürzung der aktiven Dienstzeit, sowie der damit verbundenen Verminderung des Präsenzstandes und der Schlagfertigkeit des Heeres zur Vergeltung gelangen zu lassen.

Unter den neuen Vorlagen für die nächste Session nehmen die Budgetentwürfe für 1863 und 1864 die erste Stelle ein. Diese Entwürfe sind schon ausgearbeitet und werden wahrscheinlich gleich nach der Eröffnung des Landtags an denselben gelangen. Die Grundzüge, nach denen der bekanntlich schon beim letzten Landtag eingebrachte, aber wieder zurückgezogene Etatsentwurf für 1863 eine Umarbeitung erfahren hat, sind auch bei der Aufstellung des Budgets für 1864 als maßgebende Norm betrachtet worden. Außer diesen Staatshaushalts-Etats und den oben erwähnten Vorlagen sollen für die nächste Sitzungsperiode noch die Entwürfe einer neuen Kreisordnung, sowie eines Gesetzes zur Regelung der Dotationsverhältnisse der Schulanstalten und eines Revisionsgesetzes zur Gewerbeordnung zu erwarten sein. Doch wird die Einbringung der beiden letzteren Vorlagen noch nicht mit voller Bestimmtheit in Aussicht gestellt.

**Wien, 21. Nov. (Allg. Ztg.)** Den Abtrieb von sechs Millionen vom Militärbudget hat der Kaiser genehmigt.

**Wien, 23. Nov.** Das neue, d. h. das erhöhte Gehaltsgesetz ist endlich fertig, und wir mögen sehen, wie wir mit dessen Bestimmungen, nachdem zum Schluss wenigstens einzelne der handgreiflichsten Ungeheuerlichkeiten „auf allgemeines Verlangen“ ausgeschieden worden, in der Praxis zu recht kommen. Thatsache ist, daß es schon bisher selbst die mit der beständigen Handhabung desselben betrauten Behörden in große Verlegenheit brachte. Aber die Hauptsache ist, daß das Abgeordnetenhaus mit zäher Hartnäckigkeit sich sein ungeschmäleretes Budget-Bewilligungsrecht gemahrt und die betreffenden Erhöhungen, welche durchaus terminlos beantragt waren, ausdrücklich nur bis zum Schluss der diesjährigen Budgetperiode, nur bis zum 31. Oktober 1863, zugestanden hat. Es ist dadurch gewonnen, daß die Erhöhung von selbst wegfällt, wenn dieselbe nicht in der nächsten Session von beiden Häusern des Reichsraths ausdrücklich abermals beschlossen wird, während die Steuer sonst auf der jetzt zugestandenen Höhe geblieben wäre, wenn nicht sämtliche Faktoren der Gesetzgebung sich geeinigt hätten, sie herabzumindern. Die Erfahrung lehrt, daß ein Beschluß der letzten Art selten oder nie zu Stande kommt. So nimmt man denn die unangenehmen und drückenden Bestimmungen des Gesetzes mit verhältnismäßiger Ergebung hin.

Sehr wohlthuend hat dagegen bei der Berathung über das Militärbudget die Haltung der Regierung gewirkt, welche, nach dem Urtheil aller Sachverständigen, dem Abgeordnetenhaus in der That bis an die Grenzen des militärisch und politisch Möglichen entgegengekommen ist. Der Kriegsminister Graf Degenfeld hat von neuem bewiesen, daß er bei aller Fürsorge für die wichtigsten, ihm anvertrauten Interessen doch vor allen Dingen ein konstitutioneller Minister und weit entfernt ist, die Ansicht zu theilen, welche gerade im Militärwesen, sonst den leitenden Persönlichkeiten nur zu geläufig zu sein pflegt, daß die militärischen Mächtern allen Andern voran zu stellen seien. Und der Kaiser hat, als er sofort und rüchellos auf die nach dem Urtheil seines Ministers möglichen Erparungen einging, seinerseits den Beweis geliefert, daß er keinen Augenblick anstehet, den Rücksichten auf die finanziellen Nothwendigkeiten selbst seine persönlichen Neigungen zum Opfer zu bringen. Beides sind Erfordernisse, welche zu konstitutioneller Zukunft gebietet, und welche allerdings für die konstitutionelle Zukunft Oesterreichs eine werthvolle Bürgschaft zu bieten scheinen.

Der umfassende Ungehörigkeit, welcher gegen die politischen Verbredler in Ungarn geübt worden, wird in Ungarn ohne Zweifel mit Dank und Anerkennung aufgenommen werden. Aber wohl mag man fragen, womit die deutsch-slavischen Kronländer, die treu zum Kaiser standen, als die Ungarn in offener Empörung sich erhoben, — womit diese Kronländer es verdient haben, daß eben sie keinen Antheil haben an jener reichen Gnadengabe?

**Wien, 23. Nov.** Schon seit mehreren Tagen ist von einem preussischen Rundschreiben an die Vertreter Preußens im Auslande die Rede, welche zur Mittheilung an die betreffenden Höfe bestimmt ist. Ueber den Inhalt dieses Aktenstückes vernehmen die „Presse“, daß es die Stellung Preußens zur italienischen Frage mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die bekannte Note des Hrn. Drouyn de Lhuys auseinandersetzt. Besonders bemerkenswerth sei der Satz dieser Note, daß Preußen nur den Titel Victor Emmanuel's als König von Italien anerkannt, überhaupt in seiner Anerkennung nur auf den thatsächlichen Bestand in Italien Rücksicht genommen habe, also weit davon entfernt gewesen sei, durch seine Anerkennung den in der Durando'schen Note nach hingestellten Zwecken und Zielen der italienischen Politik irgendwie ein moralisches Gewicht zu leihen. Vielmehr müsse sich Preußen ausdrücklich dagegen verwahren, daß es in irgend einer Weise den von der Turiner Regierung auf Länder, die sie nur durch unrechtmäßige Mittel erwerben könne, erhobenen Ansprüchen zustimme. Schließlich wird noch bemerkt, daß Preußen selbstverständlich die fröhlische wie völkerverehrliche Stellung des Papstes als in ungeschwächter, unantastbarer Kraft bestehend betrachte. — Fürst Gortchakoff, schreibt die „Presse“, habe bis jetzt geäußert, sich ähnlich auszusprechen, werde es aber, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, dem Einflusse Frankreichs folgend, jedenfalls thun. Es gehe aus Alledem hervor, daß die französische Politik die Anerkennung Italiens durch Rußland und Preußen zur Befestigung ihrer Stellung in Rom zu verwerten bemüht ist. Es solle mehr und mehr den Anschein gewinnen, daß Frankreich in Rom nicht spezifisch französische Zwecke verfolge, sondern als Träger einer europäischen Vollmacht Rom besetzt halte und Italien die Erfüllung seiner Einheitswünsche verweigere.

**Schweiz.**  
**Bern, 23. Nov. (Bund.)** Beim Bundesrath sind erst in diesen Tagen offizielle Berichte von unserm Gesandten in Paris eingetroffen, denen zufolge Hr. Drouyn de Lhuys Hr. Dr. Kern auf seine neulich eingereichte Note geantwortet hat, daß die französische Regierung nun ebenfalls geneigt sei, die Unterhandlungen für Abschluß eines Handelsvertrags mit der Schweiz ohne längeren Verzug zu eröffnen, und daß er zu diesem Zwecke sich bereits mit dem Handelsminister ins Einvernehmen gesetzt habe. Es bestätigt dies neuerdings, wie voreilig es war, der Handelswelt schon von dem auf nächsten Januar angelegten Intrastraten eines solchen Vertrages zu sprechen. Letzterer Zeitpunkt soll wesentlich von dem weiteren Verlauf abhängen, den die Frage der Ratifikation des mit dem deutschen Zollverband abgeschlossenen Vertrages nehmen wird.

**Italien.**  
**Turin, 23. Nov. (W. L. B.)** In der Deputirtenkammer wird die Diskussion über die Interpellationen Buoncampagni's fortgesetzt. Boggio spricht die Meinung aus, daß alle Schwierigkeiten der Lage auf die Erklärung Cavour's, daß Rom die Hauptstadt des italienischen Reichs sei, zurückzuführen seien. Defacatis und Decare sprechen gegen das Ministerium, Repoli unter allgemeinem Beifall für dasselbe.



Frankreich.

Paris, 20. Nov. Man schreibt dem Schw. Mrt. Das Gericht verbreitet sich hier, die Polizei habe erfahren, daß ein Bruder Orsini's in Paris sei, und daß sie auf ihn fahnde.

Paris, 22. Nov. Die "Patrie" klagt heute England an, in Betreff der griechischen Thronkandidatur doppeltes Spiel zu treiben. In London lehne Lord J. Russell dem bairischen Gesandten gegenüber die Kandidatur des Prinzen Alfred ab, welcher das britische Cabinet, auch wenn dieselbe Anklang bei dem griechischen Volke finden sollte, nie seine Zustimmung erteilen würde. England werde am Geist und am Buchstaben der Abmachungen von 1830 festhalten, und, auf Befragen, sich für einen Sohn des bairischen Prinzen Aufspohd erklären. Eine ganz andere Sprache führe Sir J. Campbell Scarlett in Athen; es sei Zeit, daß die englische Regierung sich hierüber erkläre. Gleichzeitig bringt das genannte Blatt Nachrichten aus Griechenland über die Fortschritte der Kandidatur des Prinzen Alfred. Das Kabinett der Kaufleute in Syra scheine der Mittelpunkt der Agitation zu sein. In allen Kaffeehäusern von Athen finde man das Bild des englischen Prinzen mit Laub und Lorbeer geziert. Die provisorische Regierung habe sich dem diplomatischen Corps gegenüber noch über keine Kandidatur ausgesprochen; sie sorge nur für Fortdauer der öffentlichen Ordnung bis zu den Wahlen am 22. Dezbr. In Athen sind zwei politische Klubs entstanden, die hauptsächlich von der liberalen Jugend gebildet werden. — General Kololetrovi, Expräsident des Ministerraths des Königs Otto, ist gestern von Paris wieder nach Athen zurückgekehrt. — Der "Fleuret" von 90 Kanonen ist heute aus Toulon ausgelaufen, um sich zum französischen Levanter-Geschwader im Piräeus zu begeben. Es geht das Gerücht, daß nächstens das ganze Mittelmeer-Geschwader dorthin abgehen soll.

Nach den letzten Nachrichten aus Turin scheint das Ministerium Rattazzi in der Vertrauensfrage die Majorität zu erhalten. Bis jetzt meint das "Pays", seien die Redner der Opposition in ihren Angriffen nicht glücklich gewesen. — Der Marschall Pelissier, Generalgouverneur von Algerien, wird den 27. v. M. in Marseille eintreffen. Er befindet sich unter der letzten Reihenfolge der nach Compiègne geladenen Gäste. — Die "Opin. nat." glaubt zu wissen, daß die von der "France" vorgelegene Nachricht, Prinz Napoleon und Prinzessin Clothilde würden Ende nächster Woche im Schlosse zu Compiègne eintreffen, bis jetzt wenigstens unrichtig ist.

Die "Patrie" bestätigt das Gerücht, daß nächstens in Paris Konferenzen über den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Frankreich und der Schweiz eröffnet werden sollen. Doch werde derselbe noch nicht, wie man behauptet, mit dem 1. Jan. 1863 in Kraft treten. — Der Kassationshof hat die Berufung des "Niederbrunn. Kur.", welche der Gerichtshof von Colmar wegen Schmäzung eines Gerichtsbeamten über ihn verhängt, in seiner gestrigen Sitzung Kassirt. — Der "Moniteur" meldet das Eintreffen des Hrn. Benedetti, welcher auf sein Ansuchen in den Verfügungsstand gesetzt wurde. — Hr. Nigra gab diesen Diplomaten ein Willkommen-Diner. — Die Redaktion der "Presse" wird völlig reorganisiert werden. — Hr. v. Girardin gibt die Verteidigung der italienischen Einheit auf. — Proj. 70.20. Ital. Anl. 71. Dt 532.50.

Griechenland.

Athen, 21. Nov. Von Vondon sind Befehle in Corfu in Bezug auf den Empfang des Prinzen Alfred eingetroffen. Die Griechen schließen daraus, daß England auf die baldige Lösung der hellen Frage rednet.

Amerika.

Neu-York, 4. Nov. Einem Schreiben des Korrespondenten des Pariser "Moniteur" entnehmen wir folgende Mittheilungen über die strategischen und politischen Verhältnisse, die manches Streiflicht auf den inzwischen durch den Telegraphen bekannt gewordenen Wechsel in dem Oberbefehl der Unionsarmee werfen:

Nach der Schlacht bei Antietam Creek hatten sich die Südstaatlichen nach Aufhebung ihrer Stellung bei Washington und Räumung von Harpers Ferry nach Virginien zurückgezogen. Ihr an den Potomac gelehneter linker Flügel bedrohte immer noch Maryland und Pennsylvania, wie der kühne Einfall des Generals Stuart zur Genüge darthat; ihr Centrum und rechter Flügel schienen auf einen möglichst weiten Raum vertheilt, der besten Ernährung und Verpflegung der durch die harten Strapazen des siegreichen Feldzugs ermatteten und erkrankten Truppen wegen. Doch hatten sie ihre Front vom Potomac an nach Südosten durch eine Anzahl im Halbkreis aufgestellter Abtheilungen gedeckt, und es glückte ihnen dadurch, daß sie dieselben in fortwährender Bewegung erhielten, dem feindlichen Generalstab ihre Stärke wie ihre Stellung beinahe gänzlich zu verbergen.

McClellan seinerseits hatte nach seinem Siege seinen linken Flügel über den Potomac vorgeschoben, und inzwischen im Centrum und im rechten Flügel, die unbeweglich in Maryland zurückblieben, seine Armee umgebildet. Je nachdem die einzelnen Korps neu formirt waren, schickte er sie über den Potomac nach, so daß sein Centrum in Harpers Ferry sich aufstellte und sein linker Flügel in südlicher Richtung vorwärtsgehend sich Richmond wieder nähern konnte. In dieser parallelen Richtung zur feindlichen Armee erhielt er zuletzt den gemessenen Befehl, offen vorzugehen. Zunächst zog er auch den rechten Flügel über den Potomac herüber, und giht unter beständigen leichten Schirmzügen mit den halb kreisförmig aufgestellten feindlichen Korps an der Front des unbeweglich zurückbleibenden Generals Lee vorüber, so daß er Richmond bald näher war als dieser. Nun jedoch nicht die ganze feindliche Armee auf seinem rechten Flügel zurückzulassen, hielt er an, läßt seine linken Flügel gegen die Stellungen des Feindes zurück, den er dadurch mit einem Flankenmarsch bedroht, und von den Hüften des Rappahannock abschneiden kann.

Was diesem Manöver gegenüber die Generale des Südens gethan, läßt sich schwer angeben. Sie sind, mit Aufhebung der Ufer des Blue Ridge, überall zurückgewichen und scheinen zum dritten Male die Unionisten nach den Abhängen von Manassas ziehen zu wollen. Doch ist dies

noch eine Vermuthung, da man sie mit Gewißheit nirgends in Stärke weiß. Es mag irgend ein gefährliches Geheimniß sich hinter dieser bisherigen Widerstandsfähigkeit verbergen, und nach der Vorsicht, mit der McClellan überall Posten setzt, scheint auch er dies zu denken.

Die kälteren Politiker des Nordens — schließt der Korrespondent — behaupten, daß McClellan das Ergebnis der Wahlen abwartet. Die Männer des Südens, sagen sie, haben einige Zeichen von Willigkeit gegeben; sie wollen ihre große schöne Armee nicht in einer Schlacht auf's Spiel setzen, aus der sie des Winters wegen keine Früchte ziehen können, und die selbst unnützlich sein dürfte, wenn der Einfluß der Konservativen die Oberhand behält und Ausschreitungen auf den Frieden eröffnet. Die Republikaner drängen McClellan vorwärts, die Demokraten ziehen Lee zurück. McClellan geht jedoch nur wider Willen vorwärts, während Lee es mit seinem Zurückgehen aufrichtig meint, und es ist deshalb möglich, daß man sich nicht schlagen wird.

Neu-York, 10. Nov. Aus einer von den Zeitungen veröffentlichten Korrespondenz des Generals Halleck geht hervor, daß McClellan den ihm am 6. Oktbr. zugegangenen entscheidenden Befehl über den Potomac zu gehen und den Südliehen eine Schlacht zu liefern, nicht ausgeführt hat. McClellan antwortete, daß er wegen Mangels an Vorräthen nicht vorrücken konnte; aber Halleck sucht nachzuweisen, daß er seine Forderungen prompt befolgt hat und daß ihn nichts am Vorrücken hinderte.

Neu-York, 11. Nov. Abends. Die Abhebung des Generals McClellan hat auf die Armee und die Bevölkerung einen großen Eindruck gemacht. Die republikanischen Blätter billigen diese Maßregel, während die Organe der demokratischen Partei sie im Gegentheil tadeln. Man spricht von Modifikationen in dem Washingtoner Kabinett. Es heißt, der südstaatliche General Lee befinde sich in Gordonsville. Zwei Divisionen der Armee Rosenkrantz sind in Nashville angekommen.

Neu-York, 11. Nov. Abends. Die Nachricht von dem Angriff auf Nashville war unwahr. Es hat dort ein bloßes Scharmüzel stattgefunden. Die Unionisten halten die Eisenbahn-Brücke über den Rappahannock besetzt. Die Südliehen unter den Generalen Hill und Stonewall Jackson sollen irgendwo im Shenandoah-Thale stehen. Longstreeks Truppen sind in Culpepper, um die Unionsarmee nicht zwischen das Hauptkorps der südstaatlichen Armee und Richmond bringen zu lassen. General Burnside hat an die Armee eine Ansprache veröffentlicht, worin er sagt, daß er den Oberbefehl mit bescheidenen Zweifeln an seiner Fähigkeit, aber mit Vertrauen zum Patriotismus der Armee übernimmt. General Halleck hat allen Offizieren der Potomac-Armee befohlen, bei Strafe der Entlassung binnen 24 Stunden zu ihren Regimentern zu stoßen. Der "Mercury" Nr. 2 ist vollendet und liegt segelfertig unterhalb Darling. Der "Richmond Whig" sagt, daß, wenn man den Behauptungen von Wahlagitatoren glauben könnte, der Ausgang der nordischen Wahlen einer Friedenserklärung gleichkommen würde, daß er aber jenen Behauptungen kein Vertrauen schenkt. Die südliehen Blätter behaupten, daß die Unionisten auf ihrer Expedition von Neu-Bern nach Williamstown in Nord-Carolina zurückgeschlagen wurden. Bei dem Meeting der Union Democratic Association zeigte Hr. John van Buren an, daß er die Aufstellung des Generals McClellan als demokratischen Kandidaten für die nächste Präsidentschaft unterstützen werde. Der Staatssekretär hat zur Zeichnung für 13 Mill. Doll. von den 7% Proj. Obligationen aufgefördert; es ist dieses der Rest der genehmigten, aber noch nicht erfolgten Ausgabe.

Neu-York, 13. Nov. (Per "Arabia"). Eine gelinde Panik wurde an der Börse durch das Gerücht hervorgerufen, Burnside sei geschlagen worden, und die Südliehen hätten Harpers Ferry wieder besetzt. Das Gerücht bedarf der Bestätigung. Mac Clellan hat eine Adresse an die Armee veröffentlicht, worin er sagt: "Wir werden immer einig sein, die Armee und ich, um die Verfassung aufrecht zu erhalten." Er hat sich nach Trenton (in New-Jersey) zurückgezogen. Es stehen noch südstaatliche Posten auf dem virginischen Ufer des Potomac zwischen Point-Rocks und Berlin. Der Unionsgeneral Rosenkrantz ist in Nashville angekommen. Die Südstaatlichen haben sich in südlicher Richtung zurückgezogen. Die Einnahme von Mobile wird in Abrede gestellt. Das Gerücht, daß sich ein südstaatliches Korps in Süd-Carolina ergeben habe, bestätigt sich nicht. Der Finanzminister hat von der Bank auf 14 Tage, bis zum Abschluß eines öffentlichen Anlehens, 12 Millionen Dollars entliehen.

Neu-York, 13. Nov. Abends. Die Armee Skotte's val Jackson's befindet sich zu Front-Royal. Die Verbindungen zwischen Nashville und dem Norden sind wieder hergestellt. Das Gerücht einer Niederlage Burnside's wird mehr und mehr in Zweifel gezogen.

Cadix, 21. Nov. Nachrichten aus Vera-Cruz vom 19. zufolge wird General Forey wegen des schlechten Wetters und der vielen Transportschwierigkeiten seinen Marsch auf Puebla nicht vor dem 1. Dezbr. antreten.

Baden.

Heidelberg, 22. Nov. Unsere Universität hat heute am Geburtstage des Großherzogs Karl Friedrich das Fest ihrer Wiederherstellung durch diesen unvergesslichen Fürsten in hergebrachter Weise gefeiert. Die Feste in der akademischen Aula hielt der derzeitige Prorektor Professor Helmholz. Der berühmte Physiologe sprach über den innern und äußern Zusammenhang der Wissenschaften, wie dieser in den deutschen Universitäten seit dem Mittelalter dargestellt und auch heute noch sowohl im gegenwärtigen Interesse der einzelnen Wissenschaften, als auch zur Förderung des gemeinsamen höchsten Ziels derselben, nämlich dem Geiste überall zur Herrschaft zu verhelfen, aufrecht zu erhalten ist. Durch geistreiche Auffassung und lehrreiche Illustrationen seiner Aufgabe auf dem Gesamtgebiete der Wissenschaft verstand der Redner über eine Stunde die gespannteste Aufmerksamkeit der zahlreichen Versammlung in Anspruch zu nehmen. Von den aufgestellten akademi-

schen Preisfragen ist dieses Jahr leider nur die der medizinischen Fakultät bestreidend gelöst worden. Der Preisträger ist der Mediziner Eubirende Ernst Reia.

Heidelberg, 24. Nov. Am gestrigen Sonntag war zum ersten Mal eine der hiesigen evangelischen Kirchen geheizt, und es hat sich die neue Einrichtung vortheilhaft bewährt. — Am Tage zuvor ist Dr. Grunert von Stuttgart, zu einer Benefizvorstellung für den Theaterbau-Fonds, von dem Theaterkomitee hierher, berufen, als "Mephistopheles" mit gewohntem Besatze auf hiesiger Bühne aufgetreten, und wird heute Abend noch einmal im "Kaufmann von Venedig" als "Shylock" auftreten. — Die diesjährigen Winterverlesungen im Museum werden nächsten Samstag den 29. von Hofrath Bluntzschli mit einem Vortrag über Wilhelm v. Humboldt eröffnet werden.

Dem Redar, 24. Nov. Der durch den Tod des groß. Generalmajors Hrn. v. Göler in der Ersten Kammer der badischen Landstände freigewordene Sitz eines Abgeordneten des grundherrlichen Adels im Wahlbezirk unterhalb der Murg war bekanntlich dem Grundherren Hrn. Clemens v. Benningen in Eichtersheim zugebach, wurde aber von diesem nicht angenommen. Die hierdurch notwendig gewordene Ersatzwahl ist nunmehr von dem landesherrlichen Wahlkommissar, Oberhofrichter Hrn. v. Marshall, auf Samstag den 6. Dezember im groß. Schlosse in Mannheim anberaumt, und sollen die Wahlberechtigten sich bereits über eine Persönlichkeit, welche wohl nicht abzulehnen wird, geeinigt haben.

C. Mannheim, 23. Nov. Nach mehr als einjähriger Unterbrechung traten gestern Abend die hiesigen Mitglieder des Nationalvereins wieder einmal zusammen. Die Versammlung war ziemlich zahlreich besucht und fand im Saale des Badener Hofes statt. Hr. Obergerichtsadvokat Dr. Labenburg, welcher solche eröffnete, warf in seinem Vortrag einen Blick auf die Zeiten des Frankfurter Parlaments und auf die jetzigen Bestrebungen des Nationalvereins, indem er zugleich die Stellung der verschiedenen Parteien beleuchtete; alobann kann nach weiterer Ausführung des Hrn. Kaufmanns G. E. P. d. d. Antrag des Ausschusses zur Abstimmung, und die Anwesenden erklärten ihre Zustimmung zu dem Beschlusse der Koburger Generalversammlung vom 6. Oktober, indem sie sich zugleich für verpflichtet hielten, auf die Verwirklichung der Reichsverfassung und auf Einberufung eines nach den Vorschriften des Reichswahlgesetzes gewählten Parlaments mit allen gesetzlichen Mitteln hinzuwirken. Hierauf sprach noch Hr. Prof. Dr. Schöber über den Handelsvertrag mit Frankreich und die österreichischen Vorschläge, sowie über die demalige Lage des Vereins, in welcher Beziehung entsprechende Beschlüsse zu Gunsten des Handelsvertrags gefaßt wurden; auf einen Antrag des Hrn. Buchdruckereibesetzers Schindler erklärte die Versammlung sich mit der pflichterfüllten, mannhaften Haltung der preussischen Abgeordneten einverstanden und sprach denselben, sowie dem ganzen preussischen Volk ihre Hochachtung und Anerkennung hierfür aus. Zum Schluß wurde noch Ludwig Wlhand's ehrenr. Gedicht und die Wahl der geschäftsführenden Mitglieder vorgenommen.

Der Grund einer so langen Unterbrechung der hiesigen Zusammenkünfte der Nationalvereins-Mitglieder lag theils in örtlichen, theils in den bestimmten allgem. in den deutschen Verhältnissen; jedoch soll in Zukunft mindestens alle Vierteljahr eine solche Versammlung dahier stattfinden.

Mannheim, 24. Nov. Gestern hatten wir Gelegenheit, in unserer Nachbarstadt Ludwigshafen und am diesseitigen Ufer die Einrichtungen zur Ueberfahrt an's Fest, welche im Lauf dieser Woche ihre Thätigkeit beginnen soll, in Augenschein zu nehmen, und müssen sagen, daß das Ganze äußerst zweckmäßig angelegt ist. Diesem, an der Mühlan, mußte der sog. Sieden erst überbrückt und das schiefe Ufer ausgebagert werden, um eine zweckmäßige Landungsstelle herzurichten, während drüben einfach das Ufer durchgehoben und der Schienenstrang zum nächstliegenden Bahnhof geführt wurde. Mittels einer Vorrichtung, welche mit starken Ketten, je nach der Höhe des Wasserstandes, auf- und abgezogen werden kann, wird die Verbindung der Landshienen mit den Schienen auf den Uferstationen hergestellt, so daß die Eisenbahnwagen ganz bequem durch die Lokomotive die schiefe Ebene hinaufgezogen werden können. Jede Nähe, von denen einige in Mainz, einige bei Nelson hier erbaut wurden, hat eine Tragfähigkeit von 1800 Zentnern, mißt 9 Fuß in der Länge, 13 Fuß in der Breite, und 5 Fuß in der Höhe, so daß 4 Kohlenwagen zugleich darauf transportirt werden können. Die Zugkraft auf dem Rhein hat Hr. Jos. Wagner, als unternehmender Mann und zuverlässiger Schiffsführer bekannt, übernommen, und wird solche mit seinem Dampfer "Erbsprinz von Baden" ausführen, dabei aber — und namentlich auch, weil ihm die Vermittlung des Verkehrs bei abgefahrter Brücke im Winter übertragen werden soll — zwei Reservefahrzeuge, den "Erbsprinzen von Nassau" und "Duisburg", bereit halten und mit benutzen. (Nebenbei bemerkt, soll die regelmäßige Fahrt von Mainz nach Speyer und zurück, für welche erlangtes Vorbestimmt war, künftigen Sommer doch eingerichtet werden.)

Miscellaneous Nachrichten.

München, 23. Nov. (M. B.) König Ludwig reist am 3. Dez. nach Nizza, um auf den Rath der Aerzte die Wintermonate im milden Klima der französisch-italienischen Stadt zuzubringen.

Würzburg, 22. Nov. Der heutige Morgen brachte uns eine Kälte von 7 Grad unter Null; der Regen war von der Brücke bis zum Schuppenhause mit einer Eisdede überzogen.

Koburg, 21. Nov. Nach der heute ausgegebenen "Wochenschrift des Nationalvereins" belaufen sich die Beiträge für die deutsche Flotte auf 98,854 fl.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 26. Nov. 4. Quartal 1860. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male: Günstige Vorzeichen; Lustspiel in 1 Akt, von Robert Benedix. Hierauf: Das letzte Mittel; Lustspiel in 4 Akten, von Frau Johanna Weipertshurn. "Holtshaus" und "Baron Gluthen" — Hr. Otto Deorient als Gast.

Theater in Baden.

Mittwoch 26. Nov. Der Goldbauer; Originalschauspiel in 4 Akten, von Charlotte Birch-Pfeiffer.



